

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt und Amtsblatt

für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Gartenstein, Johannsgeorgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzm. Wildenfels

Telegraphen-Adresse:
Volksfreund Schneeberg.
Barnspracher:
Schneeberg 10.
Aue 31
Schwarzenberg 19.

Nr. 294.

Freitag, 21. Dezember 1906.

59. Jahrg.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 14. September d. J. wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die königliche Amtshauptmannschaft ihre Bauversprechungen unter Zugleichung ihres Herrn Bauaufseherhändlers vom 1. Januar 1907 ab jeden **Sonntag in der Zeit von 11 bis 12 Uhr Mittags** (nicht mehr von 12 bis 2 Uhr) abhalten wird.
Löbnitz, am 18. Dezember 1906. **Königliche Amtshauptmannschaft.**

Der am 21. d. s. Wts. ausstehende Termin zur zwangsweisen Versteigerung des dem Böttchermeister Oskar Hermann **Leonhardt** in Schneeberg gehörigen Grundstücks Blatt 436 für Schneeberg findet **nicht** statt.
Schneeberg, am 19. Dezember 1906. **Königliches Amtsgericht.**

Schwarzenberg. Wie seither, so erklären wir uns auch in diesem Jahre bereit, Beiträge zu Gunsten eines in hiesiger Stadt zu errichtenden **Bürgerheims**, durch welche die Zuzugung bez. Erwerbung von **Neujahrskarten** ablösen wollen, bis zum **29. dieses Monats Mittags** an unserer **Stadtkasse** entgegenzunehmen.
Die Namen der Geber werden wir in der am 31. Dezember 1906 erscheinenden Nummer des Erzgeb. Volksfreundes und des Schwarzenberger Tageblattes veröffentlichen.
Schwarzenberg, am 22. Dezember 1906. **Der Rat der Stadt.**
Dr. Rüdiger, Bürgermeister. Wt.

Auf der Zwickau-Löbnitzer Staatsstraße sollen ausserdem 42 Stück Birchbäume und 32 Stück Apfelbäume um das Weisgebot verkauft werden. Angebote sind bis zum 28. d. s. Wts. hier einzureichen. Nähere Auskunft erteilt Herr Amtstrassenmeister Kunath in Zwickau.
Zwickau, am 18. Dezember 1906. **Königl. Straßen- und Wasser-Bauinspektion.**

Löbnitz. Abfindungsbeträge, durch welche sich die Geber von der Zuzugung und Erwerbung von **Neujahrskarten** entbunden erachten, nimmt die unterzeichnete Behörde auch in diesem Jahre entgegen.
Die Beträge fließen dem städtischen Christbesetzungsfonds für bedürftige Schulkinder zu und werden **längstens bis 27. d. s.** erbeten, damit noch rechtzeitig vor Neujahr den Gebern zur öffentlichen Kenntnisaufnahme (mittels Bekanntmachung im Erzgeb. Volksfreunde von Sonntag, den 30. Dezember 1906) quittiert werden kann.
Wunschgemäß wird der Zeichnungsbogen den Gebern aus vorigem Jahre kurzer Hand zugehen.
Löbnitz, am 20. Dezember 1906. **Der Rat der Stadt.**

Bekanntmachung.
Nr. 47, 48 und 49 des diesjährigen Reichs-Gesetzesblattes sind erschienen und liegen in den Expeditionen der unterzeichneten Behörden 14 Tage lang zur Einsichtnahme aus.
Inhalt: Verordnung, betreffend **Tagegelde, Fuhrkosten und Umzugskosten** der Beamten der Militär- und Marineverwaltung. — Verordnung, betreffend die **Auflösung** des Reichstags. — Verordnung, betreffend die **Wahlen zum Reichstage.**
Die Stadträte von Aue, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg und Schwarzenberg, die Bürgermeister von Grünhain, Gartenstein, Johannsgeorgenstadt und Wildenfels, die Gemeindevorstände des amtshauptmannschaftlichen Bezirks Schwarzenberg.
Für Ablösung von Neujahrsglückwünschen werden auch dieses Jahr Beiträge zum Besten der hiesigen **Gemeindekassette** bis **28. d. s. Wts., mittags 12 Uhr** im hiesigen Gemeindevorstand entgegengenommen.
Zauter, am 19. Dezember 1906. **Der Gemeindevorstand.**
Herrmann

Die Flottenfrage in Frankreich.

Die Flottenfrage wird in beiden Häusern der französischen Volksvertretung nach wie vor sehr ernst genommen. Im französischen Senat suchte Chautemps nachzuweisen, daß Frankreich in vielen Punkten, besonders bezüglich der Unterseeboote und der mittleren Artillerie gegenüber seinen Nebenbuhlern beträchtlich im Vorteil sei. Die französischen Panzerschiffe seien als zum Kentern geneigt bezeichnet worden, kein einziges französisches Panzerschiff aber sei gekentert, während das bei mehreren englischen Panzerschiffen vorgekommen sei. Die Zahl der französischen Panzerschiffe sei nach seiner Ansicht zu klein. Der Redner fragt d'Estournelles de Constant unter Hinweis auf dessen Intervention, ob er wolle, daß Frankreich darauf verzichte, eine Rolle in der Welt zu spielen. d'Estournelles protestiert und erklärt: Wir verlangen nur, daß man nicht bloß Panzerschiffe baue, deren Unzulänglichkeit nachgewiesen ist. Chautemps erklärt dann weiter, das zwanzigste Jahrhundert werde das Jahrhundert der großen Flotten sein, und schließt mit der Aufforderung, Frankreich möge nicht vor der internationalen Konkurrenz abhandeln. Marineminister Thomson tritt für vollständige Durchführung des jüngst beschlossenen Gesetzes betreffend Verjüngung und Verstärkung der Seestreitkräfte ein. Ferner weist der Marineminister darauf hin, in wie großem Umfange das Marinebudget Englands, das stets dahin gestrebt habe, eine Seemacht zu bleiben, die der zweiten Mächte, die England angreifen könnten, gleich sei, in den letzten Jahren angewachsen sei. Dieses Programm Englands sei jetzt weit überschritten, und England könnte umso mehr ein wenig Halt machen, als es sich gegenwärtig in einer besonderen Lage befinde. Senator de Guerville unterbricht den Minister und erinnert an den Ausspruch des früheren Lords der Admiralität Goschen, man wisse die Macht des Landes ohne Zögern entwickeln. Der Marineminister fährt fort und erklärt, die Anstrengungen, die im Ausland gemacht würden, seien viel beträchtlicher als die von Frankreich gemachten. Deutschland verfolge ein Flottenprogramm, das durch die Vermehrung der Zahl und des Längengehalts der Schiffe das Budget bis 1907 um mehr als 100 Millionen erhöhe. Gegenüber solchen Tatsachen sei man in Frankreich bescheiden und gebe ein Beispiel der Mäßigung. Weniger tun, würde für Frankreich den Verlust seines Ranges als zweite Seemacht bedeuten. Frankreich werde eine Politik des Friedens verfolgen, es wolle aber gerüstet bleiben, um seine materielle und moralische Wohlfahrt zu sichern. Gegenüber dem Senator d'Estournelles, der den Wert der Unterseeboote hervorgehoben hatte, erklärt der Marineminister dann, die Interessen Frankreichs lägen nicht allein an seinen Küsten, sondern an allen Punkten der Welt müsse sich Frankreich die Freiheit der Meere über Panzerschiffe aber seien nicht zur Bestimmung

zum Angriff, sondern auch solche zur Verteidigung der heimatischen Küsten. Im Gegensatz zu den ausgeprochenen Behauptungen habe im Jahre 1870 die französische Marine eine Rolle gespielt, indem sie dadurch, daß sie die Freiheit des Meeres sicherte, die Zufuhr von Waffen und Munition möglich gemacht habe. Auch der Krieg zwischen Rußland und Japan habe den ungeheuren Wert der Flotten bewiesen. Abrüstung sei gefährlich, da zu befürchten sei, daß die Lehre d'Estournelles überschritten werde. Ein Band tue viel eher zu wenig als zu viel. Der Minister schließt mit der Bemerkung, daß die Opfer, die von dem Lande gefordert worden seien, auch keine unnützen gewesen seien: die Waffen, die die Marineverwaltung den Seeleuten in die Hände gebe, seien gut und würden im Ernstfalle auch die erwarteten Ergebnisse hervorbringen. Die Fortsetzung der Rede des Ministers wurde sodann auf Donnerstag vertagt.

Tagesgeschichte.

Deutschland.
Berlin, 19. Dezember. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten heute nachmittag der Einweihung der Heilige Geist-Kirche im Stadtteil Moabit bei.
Berlin, 19. Dezember. (Der Kaiser und die Arbeiter.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „In der gestrigen Wahlversammlung der Berliner Sozialdemokraten ist die Zerstörung der nationalen Gesinnung unter den deutschen Arbeitern wieder mit Hochdruck in Angriff genommen worden. Ein Redner erlaubte sich die Ausrufung: „Das Gefühl für nationale Würde und nationale Ehre verlangt man nun von dem deutschen Arbeiter, den man so lange als vaterlandslosen Gesellen bezeichnet hat!“ Sollen nicht viele von den Versammelten empfunden haben, daß ihnen hiermit eine zynische Unwahrheit ins Gesicht geworfen wurde? Niemand hat den deutschen Arbeiter als vaterlandslosen Gesellen bezeichnet, am allerwenigsten der Kaiser, auf den der Satz natürlich gemünzt war. Gerade der Kaiser hat immer daran festgehalten, daß die Gesinnung einer bestimmten Klasse sozialdemokratischer Agitatoren nicht die Gesinnung der deutschen Arbeiter ist. Wie könnte es auch anders sein, da doch zahlreiche Söhne deutscher Arbeiter gegenwärtig für die Ehre des Reiches in Südmadagaskar kämpften, wie ihre Väter vor Mosu Sedan und Paris gekämpft haben.“
Berlin, 19. Dezember. (Zur Reichstagsauflösung.) Weder die Ansicht, es könne noch eine Reichstagsauflösung eintreten, schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Wir bemerken, daß die Annahme, die Regierung plane eine zweite Auflösung des Reichstags, grundlos verfehlt ist. Die erste Auflösung ist ja gerade im Vertrauen auf die Nation erfolgt. An der Nation ist es, dieses Vertrauen zu rechtfertigen.“
Berlin, 19. Dezember. (Der Wahlkampf der Deutschkonservativen.) Der vom Reichstags-

der Deutschkonservativen Partei erlassene Wahlauftrag weist darauf hin, daß die Reichstagsauflösung zum ersten Male aus Gründen erfolgte, die in das Gebiet der auswärtigen Politik, der Wahrung unserer gewaltig gewordenen überseeischen Interessen gehören. Mit gerechter Enttäuschung habe der Reichstagsler vor der entscheidenden Abstimmung der Opposition zugerufen: „Soll sich das deutsche Volk kleiner zeigen, soll das deutsche Volk kleiner bestehen als andere Völker?“ Das ist, so fährt der Aufruf fort, die Frage, auf die das deutsche Volk selbst am 28. Januar Antwort geben soll. Denn das Deutsche Reich, das noch vor drei Jahrzehnten fast allein auf seine Großmachtstellung in Europa angewiesen war, hat heute Rücksicht zu nehmen nicht nur auf seinen Kolonialbesitz, sondern auch auf seine nach Milliarden zu schätzenden überseeischen Interessen. Wir Konservativen aber können und werden die Reichsleitung nicht im Stich lassen in ihrer Aufgabe, des Vaterlandes Ehre, Macht und nationale Würde zu wahren und durchzusetzen, sei es zum Schutze des Deutschen Reiches selbst, sei es zu dem seiner teuer erkauften, mit dem Blute zahlreicher Söhne unseres Landes tapfer verteidigten Kolonien. Weiter betont der Aufruf: Wir wünschen eine kraftvolle Regierung und eine zielbewusste, klare Politik im innern wie nach außen. Wir wählen also in den Reichstag auch nur solche Männer, die treu bleiben unserer nationalen Aufgabe der Erhaltung einer starken militärischen Macht zu Lande und zu Wasser, um uns den Feinden gegen jeden Gegner zu schütten und zu erhalten — nur solche Männer, die entschlossen sind, auch weiter die Förderung jeder ehrlichen Arbeit im Lande, insbesondere die Interessen der Landwirtschaft, des Handwerks, des gesamten Mittelstandes unter Schonung ihrer finanziellen Kräfte hoch zu halten und eine Steuer- und Handelspolitik zu fordern, die dem Wachstum trägt. Wir unterstützen auch fernerhin eine gesunde Sozialpolitik im Sinne der kaiserlichen Reichsreform des ersten, verlangen aber ihre einfachere, billigere und besser ausgestaltete unter größter Berücksichtigung der Interessen des Mittelstandes und unter Erhaltung der Lebensfähigkeit und des Wohlstandes nicht bloß der Arbeiter, sondern auch der Arbeitgeber. Im Kampfe für unsere durch die Sozialdemokratie schwer bedrohten nationalen Güter und Ideale, sowie der sozialen und staatlichen Autoritäten empfehlen wir von der Reichsgewalt energische und wirksame Maßnahmen, die mehr als bisher jenen vaterlandslosen, mit der christlichen Kultur des Deutschen Reiches in Widerspruch stehenden Bestrebungen entgegenwirken. Also auf zum Wahlkampf für Deutschlands Ehre, Kraft und Ansehen gegen alle seine Gegner.“

Berlin, 19. Dezember. Der Reichstagspräsident des national-liberalen Social. der heute hier tagte, stimmte dem von der liberalen Reichstagsopposition einmütigen Wahlauftrag zu und schloß zur Frage der allgemeinen Wahl eine Resolution, in der ausgesagt wird: Der Reichstagspräsident stimmte dem von dem Reichstags-